

## **NATO und Europäische Union**

### **Wo bleibt die strategische Zusammenarbeit?**

**von Dr. Klaus Olshausen**

*„Worauf es mir ... ankommt, ist eine Verbesserung der praktischen Zusammenarbeit zwischen NATO und EU“.*  
*Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, 10.11.2006*

#### **Kurzfassung**

*In der aktuellen Lage im unabhängigen Kosovo und im krisengeschüttelten Afghanistan sind NATO und EU Union mit vielen anderen Akteuren tätig, um die erforderliche Sicherheit für Stabilisierung und Wiederaufbau der kleinen Provinz und des riesigen Landes zu gewährleisten bzw. wiederherzustellen. Aufgrund der seit Mitte der 90er Jahre zunächst zwischen NATO und WEU und dann ab 2000 beginnend zwischen NATO und EU deklarierten und oft beschworenen „strategischen Partnerschaft“ könnte erwartet werden, dass in diesen (Krisen)Gebieten ausgehend von beiden Zentralen in Brüssel bis in das kleinste Element vor Ort eine enge Zusammenarbeit, ja Zusammenwirken stattfindet. Dies ist aus mehreren Gründen leider (noch) nicht der Fall. Mit dieser Tatsache befassen sich die folgenden Ausführungen und zeigen eine Reihe von Schritten auf, wie und wo dies verbessert werden könnte.*

#### **Ausgangslage**

Wenn nun seit fast zwei Jahren die NATO mit dem vorwurfsvollen Hinweis kritisiert wird, dass die Lage in Afghanistan nicht nur militärisch gelöst werden kann; wenn die NATO feststellt, dass es ein Scheitern in Afghanistan um unserer langfristigen Sicherheit willen nicht geben darf; wenn in Afghanistan die Allianz und die EU – oft parallel – nachhaltig tätig sind und wenn es seit den 90er Jahren vielfältige Deklarationen für strategische Partnerschaft beider Organisationen gibt, dann stellt sich die Frage in aller Deutlichkeit: Warum gibt es (noch) kein engeres Zusammenwirken in diesem regionalen Kriseneinsatz auf der Ebene des NATO HQ und der EU Zentrale in Brüssel<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> NATO Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer bemängelte wiederholt, dass NATO und EU einer gemeinsamen Krisenbewältigung in der Welt nicht gerecht werden (z.B. Sicherheitspolitik aktuell, online, 31.01.07, S. 3).

In der diffusen, komplexen und komplizierten Sicherheitslage von heute und der absehbaren Zukunft sollte die Notwendigkeit für ein strategisches Dreieck von Allianz - EU - USA (Nordamerika) eher eine selbstverständliche Erkenntnis sein. Aber spätestens seit dem Frühjahr 2004 mit der Aufnahme von griechisch Zypern in die EU bleibt jede weiterführende Erörterung über die Ausweitung sinnvoller Zusammenarbeit der Gremien und Stäbe beider Organisationen durch die ungelöste Zypernfrage blockiert<sup>2</sup>. In den drängenden Krisenlagen, sei es auf dem Balkan, im Nahen Osten oder in Darfur - um nur einige Beispiele zu nennen - können es sich die Mitgliedstaaten auf Dauer nicht leisten, dies – wenn zum Teil auch klagend – einfach achselzuckend in Kauf zu nehmen.

Nach einem weiteren NATO-Gipfel in Bukarest Anfang April 2008 bleibt es bei deklaratorischen Appellen, obgleich inzwischen unter dem Begriff der vernetzten Sicherheit die Erkenntnis Allgemeingut wird, dass zivile, nicht-militärische, aber eben auch militärische Akteure mit vielfältigen Maßnahmen zusammenwirken müssen, wenn die Vorbeugung, Bewältigung und Nachsorge von Krisensituationen mit Aussicht auf Erfolg betrieben werden soll.

Fragen nach einerseits unnötiger und andererseits unvermeidbarer Duplizierung, nach möglichen Wegen der Arbeitsteilung und sinnvollen Synergien, nach strukturierter, vereinbarter Kooperation, nach Initiativen für sicherheitspolitische wie wehrtechnische Zusammenarbeit, müssen ernsthaft angepackt werden. Heute ist durchaus mit besorgtem Unterton zu fragen, ob die Staaten sich von der viel zitierten Fähigkeitslücke („capability gap“) auch politisch soweit auseinanderstrebend („political gap“) bewegt haben oder bewegen könnten, dass gemeinsames Handeln eingeschränkt, ja verhindert wird.

### **Fähigkeiten für die Krisenbewältigung**

Zwei Themenkomplexe umfassen zentrale Punkte: Unter dem Stichwort der **Fähigkeiten** – kann geprüft werden wie beide Organisationen ihre Planung, Entwicklung und Beschaffung künftiger Fähigkeiten zur Krisenbewältigung und gemeinsamen Verteidigung wirkungsvoller gemeinsam gestalten und die dafür vorrangig erforderlichen politischen Ziele, Konzepte und Doktrinen zusammen entwickeln können.

Im Aufgabenfeld von Krisenvorbeugung, Krisenbewältigung und Krisennachsorge geht es darum, wie ein **frühzeitiges Zusammenspiel** - bereits in der Krisenprävention und bei der Frühwarnung - sowie eine **gezielte Kooperation** von EU und NATO unter Nutzung ihrer jeweiligen Stärken für die Krisenbewältigung mit allen nicht-militärischen und militärischen Mitteln – sowohl der Organisationen selbst als insbesondere aller Mitgliedstaaten – **praktisch vorangebracht** werden kann.

### **Unterschiede als Distanzgrund?**

Jede Betrachtung hat die inhaltlichen, (völker)rechtlichen und strukturellen Unterschiede zwischen der Nordatlantischen Allianz mit ihrer Vertragsorganisation und der Europäischen Union mit ihren vergemeinschafteten und intergouvernementalen Säulen zur Kenntnis zu nehmen. Die Schlussfolgerung daraus kann aber sehr unterschiedlich sein. Während einige überzeugt sind, dass dies den Raum einer engeren Zusammenarbeit stark eingrenzt, betonen andere, dass die komplexe, diffuse und bedrohliche Sicherheitslage im 21. Jahrhundert geradezu

---

<sup>2</sup> Dabei wird oft der Türkei allein der „schwarze Peter“ dafür zugeschoben. Es sind aber insbesondere die Staaten, die in beiden Organisationen Mitglied sind die sich gegenseitig ausschließenden Grundsatzdokumenten zugestimmt und so die Sackgasse mit verursacht haben.

gebiete, dass diese beiden Organisationen, in denen 21 von 26 bzw. 27 Mitgliedstaaten dieselben sind, ihre komparativen Vorteile von verfügbaren Mitteln und Fähigkeiten in wesentlich stärkerem Maße bündeln oder zumindest synergetisch zur Wirkung bringen müssten, als dies bisher geschehen ist.

Diejenigen, die die NATO verkürzend als „rein militärisches“ Bündnis einordnen, neigen aufgrund der begrenzten Reichweite von Streitkräften für die „Lösung“ der meisten Krisen und Konflikte unserer Tage dazu, die Allianz vorrangig als „Rückversicherung“ für die „klassische“ kollektive Verteidigung zu betrachten. Deshalb argumentieren sie eher für eine intensivere direkte politische Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA. Denn mit und seit dem EU - U.S.-Gipfel in Dublin 2004 hat sich deren Themenpalette schon auf fast alle sicherheitsrelevanten Herausforderungen ausgeweitet. Sie halten den Vorteil, in der Allianz mit den USA als gleichberechtigter Vertragspartner konsultieren und entscheiden zu können, für weniger bedeutsam, als die Gesprächsführung auf „gleicher Augenhöhe“, wenn sich EU und USA treffen, getreu dem Grundsatz: „Man muss sich fühlen können“.

Andere unterstützen zwar gleichfalls die direkten Kontakte und die umfangreichen programmatischen Dokumente zwischen der EU und den USA, aber sie unterstreichen nachhaltig, dass an der kritischen Schwelle der Krisenreaktion – vor oder am Rande der kollektiven Verteidigung - wenn militärische Mittel zum Einsatz kommen müssen, absehbar niemand davon ausgehen könne, dass die USA als eine sog. „Non EU Contributing Nation“ Verbände und Einheiten als „Drittstaat“ unter der politischen und strategischen Führung des Politischen und Sicherheitskomitees (PSK) der EU zum Einsatz bringen würde.

### **Hemmschwelle: Autonomiebetonung vs. Dominanzfurcht**

Bei zahlreichen Tagungen wird immer wieder offenbar, dass – unabhängig von einer unverzichtbaren Lösung der Zypern-Frage – eine Reihe von Mitgliedstaaten und die zentralen Einrichtungen der EU einer praktischen, umfassenderen Zusammenarbeit mit der Allianz erst näher treten können und werden, wenn das eigene Selbstbewusstsein ein - m.E. - übersteigertes Autonomieverständnis aus Sorge vor einer dominanten Rolle der USA unnötig macht und wenn in den USA die Administration und der Kongress erkennen und begreifen, dass ihren eigenen nationalen Interessen besser gedient ist, wenn in der Allianz - wie mit der EU - nicht im Sinne aufzuerlegender eigener Entscheidungen gearbeitet wird sondern in der Überzeugung, dass gemeinsam erarbeitete und solidarisch durchgehaltene Ziele und Maßnahmen ihrer Sicherheit und Wohlfahrt – wie allen Verbündeten in NATO und EU - am ehesten und besten dienen.

### **Interoperabilität der Fähigkeiten**

Mit Blick auf die Beziehungen zwischen NATO und EU ist unstrittig, dass gerade hier die kontinuierliche Verbesserung der Interoperabilität die zentrale Herausforderung darstellt, aber auch eine wichtige Meßplatte dieser transparenten Koordination und wirkungsvollen Zusammenarbeit sein muss. Das gilt für die militärpolitische Strategie, Konzeption und Doktrin, die Planungsvorstellungen und -instrumente für die Fähigkeitsplanung und natürlich und besonders offensichtlich für das operative und taktische Geschehen in den Krisenreaktionseinsätzen.

Bei der Erörterung der Entwicklung zukunftsrelevanter Fähigkeiten für Krisenreaktion und Verteidigung war bei einem Symposium des NDC in Rom Ende 2006 interessant zu beobach-

ten, dass zwischen französischen und amerikanischen Teilnehmern keine kontroversen Positionen bestanden. Beide hielten es für denkbar, ja zweckmäßig die langfristige Streitkräfte-/Fähigkeitsplanung auf der Grundlage gemeinsam von NATO und EU genutzter und in Abstimmung analysierter Szenarien und Parameter voranzubringen. Dies war für beide und alle anderen deshalb einleuchtend, weil die Nationen/Mitgliedstaaten von NATO und EU ihre Fähigkeiten in Streitkräften wie Polizei und anderen Bereichen nur einmal verfügbar haben. Diese müssen dann sowohl unter NATO wie EU-Führung, aber auch nationaler, UN- und Koalitionsführung gleichermaßen und nicht mit sehr unterschiedlichen Regeln und Verfahren im Einsatzgebiet erfolgreich verwendet werden können. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass diese Auffassung gemeinsamer Szenarienanalyse auch heute nicht von allen Verantwortlichen im französischen Verteidigungsministerium und noch weniger im Außenministerium am Quai d'Orsay geteilt wird.

Beim aktuellen Stand der Zusammenarbeit, bei dem NATO-Nationen wie EU-Mitgliedstaaten betonen, wie gut die „Berlin plus Vereinbarungen“ sich bei der inzwischen stark reduzierten Operation ALTHEA (EUFOR) in Bosnien bewähren, bei dem aber darüber hinaus keine inhaltliche gemeinsame Diskussion anderer Themen stattfinden kann, plädieren viele zunehmend für einen strukturell, funktional und regional pragmatischen „bottom up“ – Ansatz.

### **Strategische Kooperation**

Auf der strategischen Ebene bleibt es möglich, dass die Mitgliedstaaten, die beiden Organisationen angehören, darauf achten, dass die Zielsetzungen, Politik- und Handlungsansätze in allen Sicherheitsfragen möglichst identisch begriffen werden, und - wo die Organisationen Unterschiede erfordern – zumindest Parallelität bzw. Komplementarität erhalten bleibt. Dabei können die Ansätze zur Vernetzung militärischer und nicht-militärischer (ziviler) Instrumente in der Krisenvorbeugung, -verhütung, -bewältigung und -nachsorge, die in der EU, der NATO und auch in den USA erarbeitet werden, als praktisches Beispiel für diese Arbeit aller genutzt werden. Und dabei sollte nicht als erstes die Frage gestellt werden, wer koordiniert und wer koordiniert wird, sondern welche Fähigkeiten in welcher Lage gleichzeitig oder einander folgend eingesetzt werden.

### **Funktionale Kooperation**

Beim unbestritten erforderlichen Kampf gegen den Terrorismus können die Konzepte und Doktrinen, die national wie in der NATO und der EU bestehen, verglichen, das Übereinstimmende herausgestellt und die Unterschiede anhand des unterschiedlichen Fähigkeitsprofils erläutert und genutzt werden. Dabei ist allen nationalen wie in den EU- und Nato-Konzepten gemeinsam, dass die Streitkräfte im Wesentlichen eine unterstützende Rolle haben und lediglich in einigen offensiven Szenarien in einer - politisch zu entscheidenden - pro-aktiven Rolle eingesetzt werden und handeln könnten.

### **Regionale Kooperation**

Bei den laufenden Einsätzen in Afghanistan und im Kosovo sind nicht nur beide Organisationen – neben UN und OSZE – im Einsatz sondern auch alle Nationen von NATO und EU, eine Mehrzahl von ihnen zusätzlich mit bilateralen Programmen. Wer ständig betont, dass die Lage in Afghanistan mit militärischen Mitteln allein nicht zu bewältigen ist (was übrigens niemand in Frage stellt) und andererseits der NATO aber keine nicht-militärischen Mittel

verfügbar machen will, müsste doch mit Nachdruck einer strategischen Zusammenarbeit von EU und NATO das Wort reden und sich nicht mit einer nur suboptimalen, oft sehr komplizierten Vor-Ort-Koordination zufrieden geben. Bei dieser Lage wären gemeinsame Sitzungen des Nordatlantikrates und des Politischen und Sicherheitskomitees zwingend geboten. Dabei kann festgelegt werden, wer was am besten leistet und wie der Ansatz unterschiedlicher Fähigkeiten optimiert zur Wirkung gebracht werden kann. Die EU spricht im eigenen Bereich dafür von „CMCO“ (Civil Military Concept), die Nato von „Comprehensive Approach“ oder „EBAO“ (Effect Based Approach to Operation). Daraus ließe sich ein Konzept entwickeln, in dem NATO Einsätze mit sog. „Brüssel plus“ Vereinbarungen durch nicht-militärische Fähigkeiten der EU und ihrer MS unterstützt werden können.

Bei den Planungen der EU zur Übernahme der Verantwortung von UNMIK im Kosovo - nach einem eigenen Konzept - wäre es zwingend gewesen, dies nicht nur innerhalb der EU zwischen dem zivilen Ausschuss und dem Militärausschuss zu erörtern sondern auch mit den Gremien der Allianz intensiv abzustimmen. Denn die NATO wird mit KFOR auch nach der Erklärung der Unabhängigkeit des Kosovo am 17. Februar 2008 absehbar weiterhin entscheidend für ein sicheres Umfeld sorgen müssen. Da ist es mehr als nützlich, wenn die Einsatzpläne nicht erst oder gar nur auf der Ebene der Stäbe im Kosovo koordiniert werden, sondern bereits im strategischen Ansatz das übergeordnete Ziel gemeinsam herausgestellt wird. Zurzeit müssen sich NATO und EU für „zarte Ansätze“ solcher Erörterungen auf Ebene der Minister auf informelle Mittagessen (transatlantic luncheon) beschränken. Das verlangt erneut, dass die 21 Mitgliedstaaten in beiden Organisationen - sozusagen induktiv – wenigstens für indirekte Kohärenz arbeiten und nicht etwa selbst dieses Zusammenwirken aus Gründen eigener unterschiedlicher Interessen in beiden Organisationen noch behindern.

### **Gemeinsame Analysen für Planung militärischer Fähigkeiten**

Bei der Fähigkeitsplanung für die Streitkräfte und die nicht-militärischen Komponenten der Krisenreaktion werden in beiden Organisationen und in den Mitgliedstaaten mit erheblichem Aufwand szenarienorientierte Analysen entwickelt, aus denen dann Fähigkeitsprofile abgeleitet werden. Um wechselseitig Transparenz in diesen Verfahren zu fördern, war schon 2003 eine „NATO-EU-Fähigkeitsgruppe“ („NATO-EU-Capability Group“) vereinbart worden. Bis heute werden dort aber – und dies auf militärpolitischer Ebene – nur Ergebnisse oder Verfahren vorgestellt. Aus der Sicht der Beteiligten wird damit nach außen ein Eindruck operativer Zusammenarbeit erweckt, die nicht existiert. Sinnvoll und geboten wäre es, z. B. die Szenarien gemeinsam zu entwickeln, die Fähigkeiten für unterschiedliche Szenarien gemeinsam zu analysieren und zu bestimmen und dann die EU- und die NATO-Gremien eigenständig entscheiden zu lassen, welchen „Level of Ambition“<sup>3</sup> sie für ihre Streitkräfte oder zivile Organisationen auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse festlegen wollen.

Denn alles richtet sich bei den Nationen an dasselbe Streitkräftedispositiv oder entsprechende Polizei- oder andere zivile Organisationen der Mitgliedstaaten. Bei dieser Lage ist es mehr als befremdlich, wenn die EDA<sup>4</sup> noch immer keine formellen Kontakte mit dem strategischen Hauptquartier der NATO für Transformation (ACT) in Norfolk aufnehmen kann und auch die Zusammenarbeit zwischen EDA und CNAD<sup>5</sup> der NATO - gelinde gesagt - zu wünschen übrig lässt.

---

<sup>3</sup> = Anspruchsrahmen, d.h. welche und wie viele Mittel/Fähigkeiten/Ressourcen für die gemeinsame Krisenbewältigung vorgehalten werden sollen.

<sup>4</sup> European Defence Agency

<sup>5</sup> Conference of National Armament Directors

## Was kann jetzt (!) getan werden?

### 1. Mehr Transparenz

- Wenn keine gemeinsamen Sitzungen der Gremien möglich sind, dann gilt es, die Sitzungen der Gremien mit den jeweiligen Nichtmitgliedern, die entsprechende Sicherheitsabkommen haben zu verbessern. An solchen Sitzungen des PSK-, MC- und ggf. CivCom sollten bei der EU auch die nordamerikanischen Mitgliedstaaten der Allianz und nicht nur die europäischen Nationen, die nicht EU-Mitglieder sind, teilnehmen. Und die NATO sollte ein Treffen für die Nicht-NATO-Nationen der EU vorsehen, die ein Sicherheitsabkommen mit der Allianz vereinbart haben. Denn es ist nicht einzusehen, warum der Austausch mit Ländern wie Finnland, Irland, Schweden und Österreich auf die großen EAPC Partnerschaftssitzungen begrenzt ist.
- Darüber hinaus ist es Vertretern dieser jeweiligen Delegationen auf beiden Seiten zu ermöglichen, Beobachter zu den jeweiligen Sitzungen in der EU bzw. in der NATO zu entsenden. In meinen 5 ½ Jahren in Brüssel bis 2006, habe ich nie verstanden, warum die Organisationen sich nicht zu dieser wechselseitigen Transparenz verstanden haben. So könnten Perzeptionen von „versteckten Agenden“ oder „Gegenmachttheorien“ falsifiziert - oder mit Fakten belegt werden. In jedem Fall ist diese Offenheit langfristig besser, als die fragmentarischen Informationen aus solchen Sitzungen, die - subjektiv ausgewählt durch einzelne EU/NATO-Mitglieder die jeweiligen Nichtmitglieder erreichen.

### 2. Abstimmung zur „Krisen-Frühwarnung“

- Das EU „Situation Center“ und ein - inzwischen verbessertes - NATO Lagezentrum können gemeinsame periodische Analysen zu den bestehenden und vor allem zu potentiellen Krisenregionen oder Gefahrenpotentialen erarbeiten. Das kann ein wichtiges Element für die praktische Verwirklichung der deklaratorisch erklärten „frühen Konsultation“ beider Organisationen in Krisenlagen darstellen.
- Dies setzt allerdings voraus, dass die Mitgliedstaaten beider Organisationen, ihre Erkenntnisse frühzeitig verfügbar machen. Denn egal ob transnationaler Terrorismus, Proliferation von MVW und Raketentechnologie oder Zerfall von Staaten und innerstaatlicher Konfliktlinien, kein Staat hat dazu für sich alleine ein ausreichendes Aufklärungspotential. Die Bündelung auf strategischer Ebene ist erforderlich. Von dieser Basis aus können und müssen dann auch weitere Partnerstaaten zur Mitarbeit gewonnen werden.

### 3. Strategieentwicklung

- Das europäische Institut für Sicherheitsfragen, der Forschungsbereich des NDC, die Rand Corporation, CSIS oder ein andere Institution der USA sowie britische, französische, deutsche, aber auch niederländische oder skandinavische Institute könnten auf der Grundlage der derzeit gültigen Strategiedokumente der NATO, EU, USA und weiterer Nationen mit Blick auf 2010 strategische Ziele für die kommenden Jahrzehnte entwickeln, im Sinne einer „Longterm Vision“ für die sicherheitspolitische Gemeinschaft des Westens.
- Wem das zu weit geht oder unrealistisch erscheint, der sollte ein phasenweises Vorgehen verfolgen. Die Nationen, die in NATO und EU Mitglied sind sollten dafür Sorge tragen, dass die strategischen Überlegungen für das in Bukarest beauftragte NATO Dokument 2009 und die Weiterentwicklung der EU Sicherheitsstrategie Hand in Hand

erarbeitet werden. Dabei ist es zwingend, das sicherheitspolitische strategische Dreieck von NATO – EU – Nordamerika als einen entscheidenden Eckpunkt im Auge zu behalten und es schrittweise mit Substanz und politischem Leben zu erfüllen. Die Entwicklung könnte in Teams von einigen Mitgliedstaaten begonnen werden, die zunächst nicht an den Konsens aller gebunden sind, die aber für den später zu erzielenden Konsens aller arbeiten wollen.

#### **4. Konzentration auf verschiedene funktionale Herausforderungen/Risiken**

- Bereits in der Gipfelerklärung der Allianz in Istanbul 2004<sup>6</sup> wurde eine Reihe von Aktionsfeldern der Internationalen Gemeinschaft benannt, die in Bukarest alle erneut unterstrichen worden sind. Damals wie heute steht die Auseinandersetzung mit dem transnationalen Terrorismus im Vordergrund. Schon eine gemeinsame Analyse der Konzepte der NATO (MC 472 und Folgedokumente) sowie der militärische wie vielfältige nicht-militärische Elemente umfassende Ansatz der EU wird erkennen lassen, welche Aufgabenteilung und Zusammenarbeit oberhalb der - hierbei vorrangigen - nationalen Verantwortung zwischen beiden Organisationen möglich ist. Das gilt für Schutz entscheidender Infrastruktur, Unterstützung bei katastrophalen Folgen von Anschlägen auf dem Gebiet der Mitgliedsstaaten ebenso wie bei Einsätzen in Krisengebieten, in denen mit terroristischer Gewalt zu rechnen ist oder erkannte Kämpfer und Zellen ausgeschaltet werden müssen.
- Cyber war - network enabled capability sind zwei wichtige Themen, die die einzelnen Mitgliedstaaten ebenso beschäftigen wie die Stäbe und Gremien in der NATO und der EU. Konzeptionell und technologisch gilt es eine synergetische Lösung zu entwickeln - sowohl für die Absicherung eigener Führungs- und Steuerungssysteme als auch für die pro-aktive Gewährleistung der eigenen Informations- und Entscheidungsüberlegenheit. Hier kann und sollte deshalb auf militärischer Seite von EUMS, NATO/IMS und auf der zivilen Seite vom Generalsekretariat der EU und dem Internationalen Stab der NATO ein „Arbeitsmuskel“ geschaffen werden, der die bisherigen nationalen Programme und die konzeptionellen Entwürfe von EU und NATO zusammenführt oder zumindest auf ihre Kohärenz überprüft. Denn gerade in diesem Bereich ist Interoperabilität ein Muss, wenn „vernetzte Sicherheit“, die derzeit als Kurzformel in vieler Munde ist, im konkreten Krisenmanagement auf allen Ebenen in operatives Zusammenwirken umgesetzt werden soll.

#### **5. Das Zusammenwirken in laufenden Einsätzen**

Wenn die künftigen zusätzlichen breiten Aufgaben der EU im Kosovo und das begonnene ESVP Engagement - neben der laufenden Arbeit der EU-Kommission – in Afghanistan mit den intensiven militärischen Herausforderungen der Allianz für eine erfolgreiche Stabilisierung in beiden Regionen synchronisiert werden sollen, darf dies nicht nur den Mitarbeitern vor Ort übertragen oder aufgebürdet werden. Neben den informellen Abstimmungen der Stäbe in Brüssel gilt es, die diplomatischen und militärischen Gremien zu gemeinsamer Lagebeurteilung, Zielformulierung und dann jeweils abgestimmte Weisungen für die Umsetzung zusammenzubringen. Eine richtige und wichtige, aber lediglich vor Ort stattfindende Koordinierung und Zusammenarbeit wird sonst bestenfalls zu suboptimalen Resultaten führen.

Wenn die Bundeskanzlerin bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 zurecht erneut betonte, dass die atlantische Partnerschaft und die europäische Einigung Eckpfeiler deutscher Sicherheitspolitik sind und deshalb transatlantische Sicherheitspartnerschaft und

---

<sup>6</sup> S. Istanbul Gipfelkommunique, § 26

europäische Sicherheitsidentität zwei Seiten einer Medaille sind<sup>7</sup>, dann ist es geboten und wird es höchste Zeit, die Anregungen zu einer verstärkten Zusammenarbeit von EU und NATO aus der deklaratorischen Ebene in praktische Arbeit auf der strategischen, operativen und taktischen Ebene in den diplomatischen, militärischen und nicht-militärischen Wirkungsbereichen umzusetzen. Mit der kürzlich wiederholten amerikanischen Aufforderung an die Europäer, ESVP zu stärken<sup>8</sup> und der Entscheidung von Präsident Sarkozy, diese Stärkung parallel zur vollen französischen Mitwirkung in den integrierten Strukturen der Allianz zu verknüpfen, eröffnen sich neue Bewegungsspielräume. Diese gilt es zu nutzen. Denn jedes Zaudern oder gar Verhindern vergeudet nicht nur erhebliche Ressourcen der Mitgliedstaaten sondern behindert auch die erfolgreiche Stabilisierung in Kriseneinsätzen, ja kann den Erfolg in Frage stellen und - nicht zuletzt - das Leben der Mitarbeiter und Soldaten in Gefahr bringen.

\*\*\*

*Anmerkung:*

*Dieser Artikel gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder. Publiziert wurde der Artikel auch in: Military Review, Nr. 2/2008, August 2008.*



*Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen ist Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Er war zuletzt Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.*

*ISPSW Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung  
Berlin, Germany  
www.ispsw.de*

---

<sup>7</sup> Skript der Rede der Bundeskanzlerin, verteilt in München, S.4

<sup>8</sup> Botschafterin Victoria Nuland, US Permanent Representative to NATO, Vortrag London School of Economics, 25.02.2008, Skript, S.3, ders., Vortrag Paris Press Club & AmCham 22.02.2008, Skript, S.